

Karlsruhe, im Juni 2005

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

nach dem Aus für die Kulturhauptstadtbewerbung musste Karlsruhe eine weitere Enttäuschung verkraften. Aufgrund eines sehr zweifelhaften Verteilungsmodus der Landesregierung ist die Stadt bei den von der Bundesregierung zur Verfügung gestellten Fördermitteln für den Auf- und Ausbau von Ganztagschulen leer ausgegangen. Neben diesem Thema wollen wir uns in dieser Ausgabe des SPD-Reports einem weiteren Thema ausführlich widmen: Dem „Masterplan 2015“ für die Entwicklung der Stadt in den kommenden 10 Jahren. Zusammen mit der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen hat die SPD-Fraktion einen Gegenentwurf zu dem von Oberbürgermeister Fenrich vorgestellten „Masterplan 2015“ erarbeitet.

Für weitere Informationen über die Arbeit der SPD-Fraktion sowie für Anregungen zur Verbesserung unserer politischen Arbeit wenden Sie sich bitte an unsere Geschäftsstelle oder direkt an unsere Mitglieder im Gemeinderat. Den Report finden Sie auch auf unserer Homepage. Stellvertretend für die SPD-Fraktion wünschen wir Ihnen schon heute schöne und erholsame Sommerferien!



Doris Baitinger
Fraktionsvorsitzende



Dr. Florian Furtak
Fraktionsgeschäftsführer

■ Stuttgarter IZBB-Vergabeverfahren lässt Karlsruhe leer ausgehen

Die rot-grüne Bundesregierung hat 2002 ein Programm für den flächendeckenden Auf- und Ausbau von Ganztagschulen (Initiative Zukunft Bildung und Betreuung – IZBB) in Höhe von 4 Mrd. Euro bereitgestellt. Die Bundesregierung hat damit eine Anschubfinanzierung geleistet – originär zuständig für die Bildungspolitik sind die Länder! Von den 4 Mrd. Euro sind rund 530 Mio. Euro auf Baden-Württemberg entfallen. Die Zuschüsse in Baden-Württemberg wurden nach dem zeitlichen Eingang der Anträge („Windhundprinzip“) verteilt. Inhaltliche Aspekte wurden nicht berücksichtigt. Von 508 eingereichten Anträgen für 2005 sind lediglich 159 bewilligt worden. 349 Schulen, darunter 17 Karlsruher Schulen, sind leer ausgegangen. Die SPD sieht das von der Landesregierung praktizierte Windhundverfahren sehr kritisch, denn dieses Verfahren hat zu offensichtlichen Ungerechtigkeiten, insbesondere was die regionale Verteilung betrifft, geführt. So sind im gesamten Förderungszeitraum 2003 bis 2005 (vgl. Tabelle) weitaus mehr Schulen in den württembergischen als in den badischen Regierungsbezirken mit den für Baden-Württemberg zur Verfügung stehenden 530 Mio. Euro gefördert worden: 77,7 % der Mittel erhalten Schulträger in den württembergischen Regierungsbezirken (Tübingen und Stuttgart), auf Schulträger in den badischen Regierungsbezirken (Karlsruhe und Freiburg) entfallen hingegen nur 22,2% der Mittel.

Tabelle: Verteilung der Mittel nach Regierungsbezirken

Oberschulamts/ Regierungsbezirk	IZBB-Zuschüsse 2003 und 2004	IZBB-Zuschüsse 2005	Bew./ Berücks. IZBB-Zuschüsse insgesamt (2003, 2004, 2005)	in %
Stuttgart	68.572.000 €	72.254.000 €	140.826.000 €	26,7%
Karlsruhe	34.521.000 €	15.179.000 €	49.700.000 €	9,4%
Freiburg	52.249.000 €	15.429.000 €	67.678.000 €	12,8%
Tübingen	215.594.000 €	53.558.000 €	269.152.000 €	51,0%
Gesamtsumme	370.936.000 €	156.420.000 €	527.356.000 €	

Nach Auffassung der SPD-Fraktion steht nunmehr die Landesregierung in der Pflicht, ein eigenes Programm aufzulegen, um den 349 Schulen in Baden-Württemberg, die bei der Verteilung der Fördergelder aus dem IZBB-Programm leer ausgegangen sind, die Umstellung auf Ganztagsbetrieb zu ermöglichen. Die Stadt Karlsruhe sollte allerdings nicht solange warten, bis sich die Landesregierung in dieser Angelegenheit bewegt, sondern ein entsprechendes eigenständiges lokales Karlsruher (Schul-)Investitionsprogramm auf die Beine stellen. Ansatzpunkt hierfür ist der im Doppelhaushalt 2005/2006 in Erwartung der IZBB-Fördergelder eingestellte Eigenfinanzierungsanteil der Stadt in Höhe von ca. 3,6 Mio. Euro. Folgenden Antrag hat die SPD-Fraktion daher in den Gemeinderat eingebracht:

1. Die Stadt erarbeitet einen Maßnahmenplan, wie mit den im Doppelhaushalt eingestellten und gegebenenfalls im Nachtragshaushalt einzustellenden Mitteln der Ganztagsbetrieb für die im Rahmen des IZBB-Programms nicht berücksichtigten Karlsruher Schulen ermöglicht werden kann. Hierfür ist zunächst eine Prioritätenliste aufzustellen, die eine Rangfolge nach der Dringlichkeit der Umstellung beinhaltet.
2. Die Stadt sichert ab, dass die städtischen Maßnahmen zum Auf- und Ausbau des Ganztagsbetriebs in Karlsruher Schulen vom Land auch nachträglich bezuschusst werden („Unbedenklichkeitsbescheinigung“).
3. Mit dem Neubau der Turnhalle Weinbrennerschule und des Otto-Hahn-Gymnasiums wird planmäßig noch in diesem Jahr begonnen.

Ende Juni wird eine Schulbeiratssitzung stattfinden, in der die von der SPD geforderte Prioritätenliste erstellt wird. Wie von uns beantragt, hat die Stadt von der Landesregierung (hier Kultusministerin Schavan) eine Unbedenklichkeitsbescheinigung verlangt. Leider lässt diese in bewährter Manier der Landesregierung auf sich warten.

■ **SPD und Grüne erarbeiten Gegenentwurf zum Masterplan 2015**

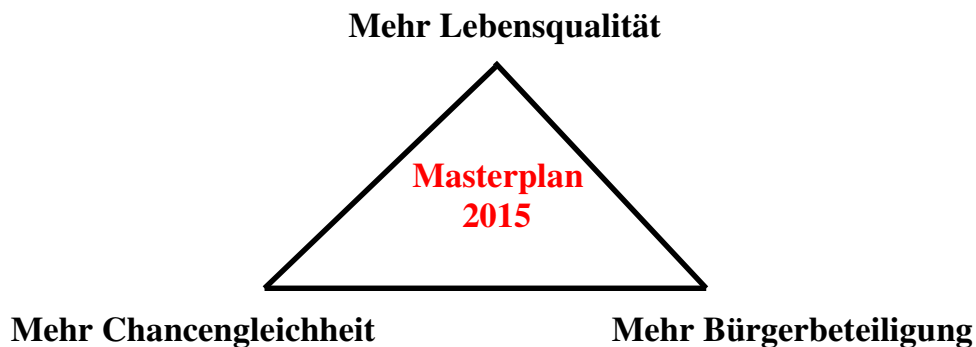
Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben einen Gegenentwurf zu dem von Oberbürgermeister Heinz Fenrich am 4. Mai vorgestellten Konzept für die Weiterentwicklung Karlsruhes in den kommenden zehn Jahren erarbeitet und in einer gemeinsamen Pressekonferenz am 16. Juni vorgestellt. Nach Willen des OB soll „Mit Recht“ zum Positionierungsmerkmal Karlsruhes werden, das Kulturhauptstadt-Projektteam – unterstützt von Holm Keller, dem designierten Intendanten der Kulturhauptstadtbewerbung – soll den Prozess vorantreiben und ein Masterplan soll als verbindliche Handlungsanweisung alle Projekte der nächsten zehn Jahre bis zum 300. Stadtgeburtstag 2015 aufnehmen.

SPD und Grüne haben Zweifel, ob so kurz nach dem Scheitern der Kulturhauptstadtbewerbung ausreichend darüber reflektiert wurde, ob das Thema „Recht“ genügend Bindekraft entfalten kann, um einerseits die Bürgerinnen und Bürger mit auf den Weg in die Zukunft zu nehmen, andererseits

die Stadt im Wettbewerb der Städte national und international aussichtsreich zu positionieren. Für einen innovativen Ansatz einer Kulturhauptstadtbewerbung mag das Thema Recht brauchbar (wenn auch nicht erfolgreich) gewesen sein, doch als Positionierungs- und Alleinstellungsmerkmal für die zukünftige Entwicklung der Stadt dürfte es kaum taugen, da es nicht die Lebenswirklichkeit der Karlsruherinnen und Karlsruher trifft und betrifft.

Masterplan 2015 – Ein Gegenentwurf

Für SPD und GRÜNE muss der Masterplan 2015 für die Weiterentwicklung Karlsruhes in den kommenden zehn Jahren solche Projekte und Maßnahmen umfassen, welche die Lebensbedingungen der Karlsruher Bürgerinnen und Bürgern nachhaltig verbessern. Dies kann nur mit einer klaren Struktur zur Erarbeitung des Masterplans gelingen, die nicht nur klare Zeitvorgaben für die Realisierung einzelner Maßnahmen beinhaltet, sondern darüber hinaus neben der Stadtverwaltung und dem Gemeinderat auch sonstige Akteure einbindet und den Bürgerinnen und Bürgern Beteiligungsmöglichkeiten bietet. Nach Auffassung von SPD und Grünen sollte der Masterplan auf **drei Leitgedanken** beruhen:



Maßnahmen für mehr Lebensqualität:

- Die Karlsruher Bürgerinnen und Bürger machen ihre Lebensqualität u.a. daran fest, inwieweit sie sich in dem Stadtteil, in dem sie wohnen, wohl fühlen. Karlsruhe braucht deshalb eine **nachhaltige Stadtteilentwicklungspolitik**. Für die ohne Zweifel wichtige Innenstadtentwicklung sind 4 Mio. Euro bereitgestellt worden; Stadtteile mit einem besonderen Entwicklungsbedarf wie Mühlburg, Oberreut und Grünwinkel müssen bei der Stadtteilentwicklung bevorzugt berücksichtigt werden.
- Die Lebensqualität der Karlsruher Bürgerinnen und Bürger hängt auch von der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ab. Eltern wollen sich auf eine verlässliche Betreuung über den Tag hinweg einrichten können und ihren Alltag entsprechend planen. Hierzu ist u.a. **der Ausbau des Betreuungsangebotes für Kinder von 0 bis sechs Jahren** notwendig. Daneben spielt auch **der Ausbau des Ganztagschulangebots** (s.u.) eine wichtige Rolle.
- Zur Lebensqualität gehört ein gesundes Lebensumfeld und ein attraktives Naherholungsangebot. **Die Verwirklichung von Teilen der Buga-Planung**, insbesondere die Entwicklung von Grünflächen zum Rhein und entlang des Rheins (Rheinpark) sowie die **Modernisierung des Karlsruher Zoos** sind zwei wichtige Projekte, um den Bürgerinnen und Bürgern ein verbessertes Freizeitangebot zu bieten. Der Erhalt von Freiflächen, wie z.B. Alter Flugplatz und Hub, als Lebensraum von Tieren und Pflanzen und zur wohnortnahen Erholung trägt langfristig ebenso zur Lebensqualität bei wie Maßnahmen für Lärmschutz und zur Verbesserung der Luftqualität. Auch die Positionierung Karlsruhes als **Fahrradstadt** kann einen wichtigen Beitrag leisten.

- Mit einer Offensive zu Erhalt und Ausbau der Lebensqualität in Karlsruhe setzen wir auch gute Rahmenbedingungen und weiche Standortfaktoren für die **wirtschaftliche Entwicklung und damit für Arbeitsplätze**.
- **Der Kreativpark Ostau** war das nachhaltige Projekt der Kulturhauptstadtbewerbung. Die Verwirklichung dieses Projekts und die damit intendierte Bündelung der Kulturzentren in Karlsruhe, **muss ein Bestandteil des Masterplans 2015 sein**.

Maßnahmen für mehr Chancengleichheit:

- Chancengleichheit setzt gute und breit gefächerte Bildungsangebote voraus. Das Spektrum reicht von vorschulischer Bildung über die Schulen und Hochschulen bis hin zu Weiterbildungsangeboten. Ein wichtiger Baustein zur Verbesserung des Bildungsangebots ist der Ausbau von Ganztagschulen. Nachdem keine der von der Stadt angemeldeten 17 Karlsruher Schulen einen Zuschuss aus dem Förderprogramm für den Auf- und Ausbau von Ganztagschulen (IZBB) erhält, sollte ein entsprechendes eigenständiges **lokales Karlsruher (Schul)-Investitionsprogramm** auf die Beine gestellt werden.
- Der Zugang zu Ausbildungs- und Arbeitsplätze ist ebenfalls ein wichtiger Aspekt beim Thema Chancengleichheit. Um jungen Menschen verbesserte Chancen auf ein erfolgreiches Berufsleben zu geben, sollte eine **Initiative „Perspektive für die Jugend“** mit der Einbindung von IHK, Schulrektoren u.a.m. ins Leben gerufen werden. Auch den jährlich rund 100 SchülerInnen ohne Abschluss könnten so neue Perspektiven eröffnet werden.
- Die behinderten Mitbürgerinnen und Mitbürger in Karlsruhe müssen die Chance auf gleiche Teilhabe am öffentlichen Leben haben. Durch den Doppelhaushalt 2005/2006 sind bereits einige Maßnahmen auf den Weg gebracht worden – **bis 2015 sind alle öffentlichen Gebäude in Karlsruhe behindertengerecht umzubauen**.

Maßnahmen für mehr Bürgerbeteiligung:

- In seiner Pressemitteilung vom 4. Mai führt Oberbürgermeister Fenrich aus, dass der Masterplan „gemeinsam mit dem Bürgermeisteramt, den städtischen Gesellschaften, Einrichtungen und Initiativen in Karlsruhe und vor allem mit dem Gemeinderat erarbeitet werden“ soll. Beauftragt „erste Schritte in Richtung Masterplan zu unternehmen“ sind „die verbliebenen Mitarbeiter der Projektgruppe Kulturhauptstadt“. Weder ist klar, wie die verschiedenen Ämter, der Gemeinderat und die sonstigen Akteure in den Prozess eingebunden werden sollen noch ist von den Karlsruher Bürgerinnen und Bürgern die Rede. Mit einer solchen Vorgehensweise ist der Masterplan von vornherein zum Scheitern verurteilt. **Den Bürgerinnen und Bürgern muss die Möglichkeit gegeben werden, sich aktiv in die Erarbeitung des Masterplans einzubringen**. Damit steigt auch dessen Akzeptanz. Die Partizipation könnte beispielsweise durch eine Zukunftswerkstatt, eine Zukunftskonferenz oder eine Planungszelle (Bürgergutachten) erfolgen.
- Es gab bereits einen groß angelegten Beteiligungsprozess der Bürgerinnen und Bürger in Karlsruhe: **den „City 2015“-Prozess** zur Zukunft der Karlsruher Innenstadt. **Die hierbei von den Arbeitsgruppen erzielten Ergebnisse müssen in den Masterplan mit einfließen**.
- Fragen der Machbarkeit und der Finanzierung sollten bei der Entwicklung des Masterplans nicht außen vor bleiben. Auch bei der Diskussion um die Verwendung städtischer Haushaltsmittel sollten **Bürgerinformation und -beteiligung** groß geschrieben werden.

Die Berücksichtigung dieser Forderungen ist für die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen Grundvoraussetzung für die Zustimmung zum weiteren Verfahren!